

Solidarische Gemeinwohlorientierte Schulden- und Investitionsfinanzierung

Für eine progressive Wende in der Finanzpolitik – Jetzt !

Forum Progressive Demokratie Bonn

Frühjahr 2020

Mitten in der Corona-Krise ist erwartbar in Politik und Wirtschaft sehr schnell der Streit darüber ausgebrochen, wie man bald zu einem *Business as usual* zurückkehren kann. Bis dahin wird der deutsche Staat über eine Billion € vor allem über Zuwendungen und Kredite an Wirtschaft, Arbeitnehmer u.a. praktisch über Nacht aus dem Boden gestampft haben, um das bestehende Wirtschafts- und Sozialsystem am Laufen zu halten.

Die Schuldenquote der öffentlichen Haushalte in Deutschland wird absehbar von bisher unter 60 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bis Ende 2020 erneut auf über 80 % steigen. Diese Größenordnung ist vergleichbar mit dem Stand öffentlicher Schulden 2009 nach der Bankenkrise und ein weiterer Anstieg ist möglich. Wie in den zurückliegenden Krisen kann der Staat sehr schnell und sehr viele Mittel für dem Anspruch nach gemeinwohlorientierte Zwecke aufbringen und verteilen. Unter dem gängigen Politikverständnis dienen alle Unternehmen, ungeachtet ihrer unternehmerischen Freiheit zu investieren und Kapital zu transferieren, wo und was ihrer betriebswirtschaftlichen Gewinnerwartung entspricht, dem Gemeinwohl durch *Trickle Down* Effekte auf Arbeitsplätze, Steueraufkommen, BIP u.a.

Es stellt sich jedoch die Frage, wieso eine Refinanzierung wie seit 2009 wieder über den normalen Schuldendienst der öffentlichen Haushalte erfolgen soll? Dies würde absehbar die chronische Unterfinanzierung der Sozialsysteme, der Infrastruktur und nicht zuletzt der notwendigen Zukunftsinvestitionen z.B. in den Energie- und Mobilitätsbereichen sowie im Bildungs- und Gesundheitsbereich u.v.a. mehr verschärfen. Wenig wird darüber diskutiert, wieso z.B. das Kurzarbeitergeld, Unternehmenshilfen etc. insbesondere bei den Großkonzernen nicht mehr über deren Rücklagen bzw. Kreditaufnahmen ihrerseits sowie aus Eigentümergevermögen finanziert werden kann, nach 10 Boomjahren mit nicht selten üppigen Gewinnen und Eigentumszuwächsen bei den Kapitaleignern.

Hier gilt es eine andere Gemeinwohlperspektive entgegenzusetzen, die alle betriebswirtschaftlichen Aktivitäten auch unter dem Vorbehalt der Nachhaltigkeit und sozialen Gerechtigkeit u.a. gesellschaftlichen Erfordernissen stellt. Zur Realisierung einer entsprechenden Politik sei nachfolgend eine Strategie für eine **Kombinierte Schulden- und Investitionsfinanzierung nach den Grundsätzen einer solidarischen Gemeinwohlorientierung** skizziert, die sich vor allem auf zwei miteinander verknüpfte Säulen stützt:

1. Teilbelastung von Vermögen

und

2. Investitionslenkende Schuldentilgung

Diesen miteinander verknüpften Säulen öffentlicher Finanzierung von Schulden und Investitionen liegen folgende Überlegungen bzw. Annahmen zu Grunde:

Zu 1. Teilbelastung von Vermögen (Artikel 106 GG)

Dieses Instrument ist politisch durchsetzbar, weil in außergewöhnlich herausfordernden gesellschaftlichen Situationen wie der aktuellen, alle vorhandenen Ressourcen auf den Prüfstand einer möglichen Nutzung gehören, wie dies beim historischen Lastenausgleich von 1950-1975 auf der Basis eines großen gesellschaftlichen Konsens gegeben war. Zur heutigen Situation gehören nicht nur die unmittelbaren Folgen der Epidemie, sondern auch die bekannten chronischen Probleme in den Bereichen Klima, Nachhaltigkeit, Einkommens- und Vermögensverteilung, Infrastruktur, Bildungs- und Gesundheitswesen u.a. Auf Grund seiner langfristig angelegten Konzeption einer Teilbelastung von Vermögen werden wirtschaftliche Aktivitäten nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

Erste Politiker z.B. von SPD und LINKE sowie Gewerkschaftsvertreter haben sich hierzu jüngst ähnlich geäußert. Nach der Bankenkrise hatten Politiker von SPD, Grünen und Linke ähnlich lautende Anträge im Bundestag vorgelegt.

Zu 2. Investitionslenkende Schuldentilgung

Dieses Instrument verbindet ähnlich wie der historische Lastenausgleich die Schuldentilgung mit Refinanzierungen in anderen Bereichen. Hier werden Investitionslenkungen im kreditgebenden Bereich im Sinne einer Solidarischen Gemeinwohlorientierung und Nachhaltigkeit vorgeschlagen. Wie soll das gehen? Die Rahmenbedingungen sind hierfür global schon seit längerem günstig, weil

- es weltweit einen Überhang von Kapital gibt und die Banken und Fondsgesellschaften händeringend nach neuen Anlagemöglichkeiten suchen und
- viele kreditnehmenden Staaten seit längerem in einer sehr komfortablen Position (zu Lasten von Millionen Sparern, was jeder erlebt) stehen, was den niedrigen Zinsstand und die günstigen Rückzahlungskonditionen betreffen.

Finanztechnisch können sich Staaten wie Deutschland in dieser Situation die Kreditgeber aussuchen und so auch die Konditionen im o.g. Sinne einer Investitionslenkung z.B. in den Bereichen, Klima, Energie, Mobilität und Infrastruktur bis hin zum Bildungs- und Sozialbereich etc., was ausdrücklich auch entsprechende gemeinsame Investitionen mit Partnern im europäischen und internationalen Raum einschließt, mit der Drohung von Umschuldungen über andere Banken diktieren.

Die objektiven Rahmenbedingungen einer solchen Kombi-Strategie für eine **solidarische gemeinwohlorientierte Schulden- und Investitionsfinanzierung** der öffentlichen Hand sind entgegen der derzeit krisenbedingten Katastrophenstimmung, günstig. Die Totschlagargumente ‚Kapitalflucht‘ und ‚Arbeitsplatzvernichtung‘ von den üblichen Verdächtigen aus der Wirtschaft sind volkswirtschaftlich nicht als stichhaltig anzusehen, da mit dieser Strategie gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität erzielt werden kann, was durchaus auch Gewinnperspektiven - allerdings der nachhaltigeren Art - einschließt. Und zudem ist der anhaltende Legitimationsdruck für die herrschenden Akteure in Politik und Wirtschaft unverändert hoch, ihre bisherigen Strategien als gemeinwohlorientiert zu rechtfertigen. Für eine nachhaltige Absicherung dieser Strategie sollte sie mit entsprechenden Investitionsschwerpunkten der öffentlichen Haushalte, sowie flankierend mit notwendigen Veränderungen im Steuersystem (wie z.B. eine angemessene Erhöhung der Transaktionssteuer auf Kapitalertragsgewinne, Orientierungen von Abschreibungen und Subventionen an den Grundsätzen solidarischer Gemeinwohlorientierung) verknüpft werden.

Im aktuellen Mainstream-Diskurs in Politik, Wirtschaft und Medien über die Corona-Krise wird z.Z. wieder sehr effizient und im schlechten Sinne nachhaltig für ein alternativloses *business as usual* geworben. Es geht jedoch darum, das Primat der Politik, das derzeit nach wie vor auf eine konventionelle finanzielle Unterstützung autonom agierender Wirtschaftssysteme setzt, auf eine solidarische gemeinwohlorientierte Finanzpolitik hin auszurichten – und zwar jetzt!

Forum für Progressive Demokratie Bonn

Das Demokratie Forum Bonn beabsichtigt durch Diskussionen und andere Aktivitäten die Förderung der Demokratisierung und einer solidarischen Gemeinwohlorientierung in allen Gesellschaftsbereichen, der Gerechtigkeit und des sozialen Zusammenhalts, eines nachhaltigen Lebens und Wirtschaftens sowie von Frieden und Abrüstung unter Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Es wird getragen von Mitwirkenden verschiedenster beruflicher und anderer Expertise- und Erfahrungshintergründe, die sich diesen Grundsätzen verpflichtet fühlen.

Rainer Bohnet, Birgit Naujeck, Volker Rein u.a.

Kontakt: fpdb@gmx.de